

## ***erlanger linke will sozial gerechten Haushalt***

### *Es gilt das gesprochene Wort*

In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir geschrieben, dass wir uns für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie – sprich Bürgerbeteiligung – einsetzen werden. Das gilt auch nach der Wahl.

2015 standen im Haushalt keine Kürzungen im Mittelpunkt, sondern viele Anträge zum Wohle der Erlanger Bürger\*innen. Nun haben wir eine veränderte Finanzsituation: Der Kämmerer, Hr. Beugel hat die Probleme benannt. Wir stehen wir nun vor der Aufgabe:

Soll dies ein sozial gerechter Haushalt sein oder belasten wir eher die Bereiche, die für Bürger\*innen mit geringem Einkommen, wie z. B.

Fahrpreiserhöhungen, oder für Familien mit Kindern wichtig sind, wie z. B. die notwendigen Schulsanierungen.

Der Kämmerer hat in seiner Einbringungsrede bereits darauf hingewiesen, dass wir uns nicht alles leisten können, was so auf so mancher der Wunschliste steht. Wir meinen, er hat recht:

Die Handballarena alias BBGZ ist nicht mehr finanzierbar. Die geschätzten Kosten sind bereits jetzt über dem Betrag sind, den wir, die Bürgerinitiative und auch einer unserer Kollegen hier in diesem Gremium bereits angenommen hatten.

Warum dann einige Fraktionen immer noch an diesem Prestigeprojekt festhalten wollen, wenn auch nicht in diesem Haushalt, bleibt ihr Rätsel. Viel wichtiger wäre es jetzt, zügig eine Lösung für den Bedarf des Ohm-Gymnasiums anzugehen. Wir haben bereits darauf

hingewiesen, wie dies möglich wäre. Mit etwas gutem Willen und mit weit weniger Finanzmitteln wäre es machbar, die Hallenflächen dort bereitzustellen, wo sie hingehören, nämlich auf dem Schulgelände.

Wenn zugleich von der CSU-Fraktion der Bau der MTG-Sporthalle wieder in Frage gestellt wird und gleichzeitig auf den Bau der Handballarena gepocht wird, hat das mit verantwortungsvoller, einer im Interesse der Erlanger Bürgerschaft liegenden Haushaltspolitik nichts mehr zu tun.

Nun wird uns ein Haushalt vorgelegt, der kaum eine Ausweitung notwendiger Personalstellen vorsieht und in vielen Punkten die Interessen der Bürger hinten anstellt.

*Nur ein Beispiel:*

*Für die Bearbeitung der Förderanträge der Kita-Gebühren von Familien oder Alleinerziehenden wird von der Verwaltung mit Unterstützung des Personalrats eine weitere Stelle beantragt, um den Antragstellern, d. h. Eltern mit geringem Einkommen, möglichst schnell einen Bescheid zukommen zu lassen.*

*Die Amtsleiterin des Jugendamts hat im JHA darauf hingewiesen, dass diese Anträge bearbeitet werden müssen. Das sei eine Pflichtaufgabe. Sie hat aber auch darauf hingewiesen, dass dann eben andere Aufgaben wie z. B. Förderanträge der Stadt liegenbleiben müssen.*

*Deswegen wäre die Einrichtung der beantragten Stelle wäre im Interesse der Bürger, insbesondere derer mit geringem Einkommen. In den Beratungen wurde dies nicht nur von der Ampel abgelehnt sondern auch von denen, die sich **christlich und sozial** nennen.*

Begründet wird diese Sparpolitik mit einem Einbruch bei den Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer.

Es ist sicher richtig: Bei weniger Geld muss auch auf die Ausgaben geschaut werden.

**Es ist aber nicht ein Ausgabenproblem, das wir haben. Vielmehr haben wir ein Einnahmeproblem!**

Um mit dem Kämmerer der Stadt Nürnberg zu sprechen: „Wir müssen etwas tun auf der Einnahmenseite“.

Dabei verweist er auf das Beispiel Augsburg. Dort wird gegen den Widerstand der Wirtschaft die Gewerbesteuer erhöht auf nunmehr 475 Pkt.

**Darum werden wir auch in Erlangen nicht mehr herumkommen.**

Unsere Forderung nach einer Erhöhung auf den Münchner Satz von 490 Pkt. wäre angesichts der hohen Beschäftigungsquote mehr als gerechtfertigt. Damit würde die Einnahmelücke mit einem Schlag um rund 10 Mill. reduziert.

Mit dem Abschöpfen der Gewinne unserer Sparkasse könnte das Minus weiter reduziert werden. Auch wenn die Stadt nur einer der drei Eigentümer ist. Die Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist aber der politische Wille. Wir appellieren an alle Fraktionen und Gruppen: Es ist das Geld vieler Erlangerinnen und Erlanger. Warum sollen die Gewinne nicht für wichtige Dinge der Stadt genommen werden. Der Verweis, dass die Sparkasse dann nicht mehr so gut spenden könnte, ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass wenige Personen über die Spenden entscheiden. Wir von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch

legitimiertes Gremien, sollten uns diese Entscheidung nicht nehmen lassen. Alles andere ist ein Abbau demokratischer Rechte.

Mit unseren Vorschlägen hielte sich die Neuverschuldung hielte sich in überschaubaren und besser tragbaren Grenzen.

Wir meinen, die Erlanger Unternehmen profitieren von der Einwanderung.

Mit einer höheren Gewerbesteuer tragen sie nicht nur zum Erhalt der sehr guten Infrastruktur bei, sondern geben dafür auch etwas ab an die Erlanger Bürgerschaft.

Wir sind uns sicher, dass die beiden Nachbarstädte Nürnberg und Fürth unserem Beispiel folgen würden. Das Argument der Beeinträchtigung beim Standort-Wettbewerb wäre, wenn überhaupt, nur ein temporäres, spielt aber bei der hohen Erlanger Beschäftigungsquote doch keine Rolle.

Damit wäre auch das Geld da, für die Arbeit der Flüchtlingsinitiativen und besonders für unsere VHS, um eine professionelle Qualifizierung in den Deutschkursen und der Weiterbildung nicht mehr mit Hunger(löhne)-Honoraren oder gar nur ehrenamtlich durchzuführen.

Damit wäre auch das Geld da, um z. B. einen u. E. guten Antrag der SPD für eine Initiative zur Dyskalkulie angehen zu können, statt nur eine eher „Feigenblatt“-Summe im Haushalt einzustellen.

Damit wären auch die Mittel da, um die dringend

notwendigen Personalstellen, wie z. B. beim Jugendamt zu schaffen.

Damit wären auch die Mittel da, um die ESTW finanziell besser auszustatten, um weitere Fahrpreiserhöhungen zu vermeiden. Davon würden gerade jene profitieren, die auf den ÖPNV angewiesen sind - und - das sind mit Sicherheit nicht die Reichsten in dieser Stadt.

Damit wäre ein echtes Sozialticket finanzierbar und es könnten die Leistungen des Erlanger Sozialpasses ausgeweitet werden.

Vielleicht fände dann der Sozialpass endlich bei den christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen Zustimmung.

Und es wäre genug Geld da, um die Mittel für die Flüchtlingshilfe auszuweiten ebenso wie die Unterstützung aller Arbeitslosenberatungsstellen.

#### Kurz zusammengefasst:

Damit würde sich die politische Gestaltungsmöglichkeiten verbessern.

Und es wäre politisch verantwortungsbewusst angesichts der vom Kämmerer beschriebenen Situation.

Das Festhalten an einer *Politik gegen Erhöhungen der Gewerbesteuer* wirkt auf den ersten Anschein wie ein Kampf gegen Religionsfrevel, ist beim zweiten Blick nicht mehr als einseitiger Lobbyismus zugunsten der Unternehmen. An einer solch neoliberalen Politik ist vor gar nicht langer Zeit eine in diesem Gremium vertretene Partei auf Bundesebene gescheitert.

Dieser Haushaltsentwurf schränkt aber auch den politischen Handlungsspielraum ein.

Und er ist sozial ungerecht.

Am Beispiel der unsozialen Fahrpreiserhöhungen, wird dies deutlich. Menschen mit geringem oder niedrigem Einkommen tragen die Hauptlast des ÖPNV in Erlangen. Wir haben alternative Vorschläge eingebracht, wie z. B. einen Städtetarif nach Wiener Vorbild. Hier war sich die christlich und sozial firmierende Fraktion – wie so oft - einig mit der Ampel.

Der Haushaltsentwurf belastet aber auch die Beschäftigten in der Verwaltung, wie zu Beginn exemplarisch beschrieben.

Der Haushaltsentwurf ist zum Nachteil unserer Umwelt. Notwendige Einrichtungen müssen warten, statt z. B. mit notwendigen Messungen die echte Umweltbelastung zu erkennen.

Und der Verzicht auf zusätzliche Einnahmen und das daraus resultierenden Argument, *es sein kein Geld da*, ist Wasser auf die Mühlen der StUB-Gegner.

Ein gut funktionierender, zukunftsweisender und wirtschaftlicher Nahverkehr ist eben auch zum Vorteil der heimischen Wirtschaft und nicht zuletzt ein Wettbewerbsvorteil bei der Suche nach gut qualifizierten Beschäftigten. Die wollen eben nicht jeden Morgen und Abend im Stau stehen.

Wer dagegen noch das Verkehrsprojekt „*Kosbacher Damm*“ aus der Mottenkiste der ideologischen Autostadtprotagonisten fordert, lebt noch in der verkehrspolitischen Steinzeit und hat weder umweltpolitisch, ökonomisch, verkehrspolitisch noch hinsichtlich der Lebensqualität etwas dazu gelernt.

Wir lehnen eine **Motörhead-City**, eine autogerechte Stadt und damit den Kosbacher Damm ab, egal in welcher Variante.

Völliges Unverständnis ruft es aber bei den Erlangerinnen und Erlangern hervor:

Wenn die Mittel schon knapp sind, weiter Prestigeprojekte zu verfolgen, wie die Handballarena – alias BBGZ – oder gar noch eine Landesgartenschau nach Erlangen zu holen. Diese dann noch im Überschwemmungsgebiet anzusiedeln ist dann noch das I-Tüpfelchen. Das ist weder grün, nicht notwendig und schon gar nicht im Sinne des Schutzes der Natur. Hier halten wir es mit dem Naturschutzbeirat:

**Wir lehnen dieses Projekt ebenso ab wie das Prestigeprojekt Handballarena.**

Tun sie sich und der Bürgerschaft den Gefallen und verzichten sie auf solche Prestigeprojekte nicht nur im aktuellen Haushaltsentwurf sondern auch in Zukunft!

**Aus all diesen Gründen werden wir diesen Haushaltsentwurf ablehnen.**

Wir fordern die Mitglieder des Erlanger Stadtrats auf:  
**Folgen sie unseren Anträgen und verbessern sie damit den politischen Handlungsspielraum.**

Damit stünden genügend Mittel zur Verfügung, um im Haushalt sozial umzusteuern.

**Wir wollen einen sozial gerechten Haushalt.  
Der vorliegende Entwurf ist es nicht.**